



# Evangelische Verantwortung

Januar 1987

## Wir wählen die Union

### Aufruf des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, MdL, zur Bundestagswahl '87

Wir, evangelische Christen in der Union, rufen Sie auf, Ihre beiden Stimmen am 25. Januar 1987 den Frauen und Männern der CDU/CSU zu geben,

- weil sie – wie wir – wissen, daß man nur durch geduldige Arbeit die Not bei uns und in der Welt lindern, nur Schritt für Schritt den Frieden immer neu sichern kann;
- weil sie wissen, daß man die Augen nicht vor den Bedrohungen des Friedens und der Freiheit in der Welt verschließen darf und daß es nicht hilft, so zu tun, als bedürfe es nur unseres Entschlusses, eine ganz andere, vollkommene Welt heraufzuführen;
- weil sie wissen, daß wir ohne wirtschaftliche und technische Leistungsbereitschaft die Probleme bei uns und besonders auch in den Entwicklungsländern nicht lösen können;
- weil sie entschlossen sind, alle wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten verantwortungsbewußt einzusetzen, um die natürlichen Grundlagen unseres Lebens zu erhalten;
- weil sie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung wieder auf ein solides Fundament gestellt haben, weil sie offen und ehrlich Opfer verlangten, wo es notwendig war, um die Zukunft zu sichern;
- weil der Bund allein im vergangenen Jahr 86 Milliarden DM für soziale Sicherung ausgeben konnte, übrigens rund 64% mehr als für die Verteidigung;
- weil nie zuvor soviel Geld ausgegeben wurde, um arbeitslosen Mitbürgern Arbeit zu geben: allein 1986 11 Milliarden DM;
- weil sie ernst machen mit einer Politik für die Familie und für die Kinder: 14,3 Milliarden DM Kindergeld und 10 Milliarden DM Steuerentlastung für Familien mit Kindern allein 1986;
- weil sie durch Erziehungsgeld und die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung zum ersten Mal den Beruf der Hausfrau und Mutter als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt haben;
- weil sie getan haben, was unter den gegebenen politischen Verhältnissen möglich ist, um werdendes Leben zu schützen: mit mehr als 60 Millionen DM konnte über 50 000 schwangeren Frauen geholfen werden;
- weil sie unaufhörlich auf eine gleichmäßige und kontrollierte Abrüstung drängten und dabei sich erste Erfolge abzeichnen: bis 1992 werden alle in der Bundesrepublik lagernden chemischen Waffen beseitigt;
- weil für sie Partnerschaft mit der Dritten Welt kein Lippenbekenntnis ist: die Bundesrepublik Deutschland leistete 1985 mit 8,7 Milliarden DM Entwicklungshilfe wesentlich mehr als die Staaten des gesamten Warschauer Paktes zusammen und verzichtete auf die Rückzahlung von mehreren Milliarden DM Darlehen durch die ärmsten Entwicklungsländer;
- weil sie also konkrete Schritte tun, um den Aufgaben unserer Zeit gerecht zu werden und nicht wohlklingende Parolen für gute Politik halten;
- weil sie – mit uns und hoffentlich auch mit Ihnen – diesen Weg weitergehen wollen!

# Den Schutz des Lebens stärken

Helmut Kohl

Die Notwendigkeit, den Schutz des Lebens zu stärken, tritt immer stärker als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ins öffentliche Bewußtsein. In der Öffentlichkeit hat die Sensibilität für den einmaligen Wert des menschlichen Lebens und seine prinzipielle Unverfügbarkeit ebenso deutlich zugenommen wie die Idee einer diesem Wert übergeordneten Selbstverwirklichung an Boden verloren hat. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Kampf gegen die Abtreibung erfolgreicher durchgeführt werden kann. Ich bin mit vielen, auch kirchlichen Fachleuten der Meinung, daß bei uns der Schutz des Lebens durch Hilfe in jedem Einzelfall und durch eine Stärkung des Wertebewußtseins besser erreicht werden kann als durch noch so gute juristische Regelungen.

Wir haben mit unserer Familienpolitik und mit den neuen Hilfen und Rechten für Mütter schon viel erreicht. Trotzdem müssen wir uns selbstkritisch fragen, ob schon alles Menschenmögliche getan ist, um den Schutz des ungeborenen Lebens zu garantieren.

Ich bin der festen Überzeugung, daß in erster Linie die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen dringender Verbesserung bedarf. Die Beratung der Mütter zugunsten des Lebens ist noch nicht ausreichend abgesichert. Es besteht meiner Ansicht nach für jeden Politiker die selbstverständliche Verpflichtung, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen mit sozialer Notlagenindikation soweit wie möglich zu senken.

Durch eine Fülle von Maßnahmen haben wir in den vergangenen vier Jahren versucht, schwangere Frauen davor zu bewahren, in eine soziale Notlage zu geraten und einem Entscheidungsdruck aus finanziellen Gründen ausgesetzt zu werden.

Aber es ist eine Tatsache, daß mit gesetzlichen Maßnahmen und finanzieller Förderung allein die Entscheidung „für das Leben“ nicht erzwungen werden kann. Hier stoßen die Möglichkeiten des Staates an ihre Grenzen. **Politik kann das ungeborene Kind nicht gegen die Uninformiertheit und gegen die persönliche Entscheidung von Müttern, Vätern und deren sozialem Umfeld schützen. Was die einzelne Frau verkraften kann und was sie sich zuzumuten bereit ist, hängt auch mit der Einstellung der Gesellschaft zum ungeborenen Leben und zur Familie zusammen.**

(Bitte lesen Sie weiter auf der nächsten Seite)

## Aktion „Helfen statt töten“

Auch Ihre Hilfe ist wichtig!

Möglichkeiten:

- Vorbeugende Vortrags- und Beratungsarbeit in Jugendgruppen, Kreisen junger Erwachsener und an Ehe- und Elternabenden. Schreiben Sie uns!
- Entsprechende Schülerzeitungen, Jugendillustrierten wie Bravo, Popcorn, Poprocky, Mädchen usw. müßten mit Anzeigen versehen werden, um die Teenager auf Hilfsmaßnahmen und Beratungen aufmerksam zu machen.

Alle christlichen Zeitschriften werden das hoffentlich kostenlos tun. Kurze Mustertexte liegen hier vor, bitte anfordern!

- In Tageszeitungen sollte ebenfalls auf die Aktion „Helfen statt töten“ aufmerksam gemacht und Hilfe angeboten werden.
- **Für werdende Mütter stehen genügend Heime zur Verfügung. Eine Anzahl aufnahmebereiter Familien hat sich gemeldet.**
- Wir werden immer mehr Familien benötigen, die Schwangere oder Mutter und Kind für einen gewissen Zeitraum aufnehmen können.
- Nehmen Sie sich persönlich abtreibungswilliger oder abtreibungsgewungener Mädchen und Frauen an und begleiten Sie sie.
- Gespräche und Diskussionen in der Nachbarschaft und im Freundeskreis sollten zu einer anderen Meinungsbildung beitragen.
- Verteilen Sie Informationen. Diese Orientierungshilfe des Weißen Kreuzes „Helfen statt töten – Mensch von Anfang an“ kann zugeschickt werden (kleinere Stückzahlen kostenlos, größere Mengen gegen Unkostenbeitrag).
- Die Verantwortung beginnt nicht bei der Abtreibung, sondern beim vor- und außerehelichen Verhalten. Hier ist Aufklärungsarbeit zu leisten, selbst in einer Ehe.
- Notwendig ist, daß in Gemeinschaft und Gemeinde der Bereich der Sexualität, Partnerschaft, Familie und Erziehung ins Gespräch kommt und einem besseren Verständnis zugänglich gemacht wird. Wir brauchen eine kinder- und mütterfreundliche Atmosphäre. Setzen Sie Vorträge an!
- Verbreiten Sie auch den Kinderbild-Kalender „Helfen statt töten“ (DM 11,20). Seit Jahren wird er mit Freude und Dank aufgenommen. Er ist ein Versuch, die Liebe zum Kinde zu wecken, Kinderfeindlichkeit abzubauen und das Familienklima zu fördern.
- Bestellen Sie „Sexualethik und Seelsorge“, die vierteljährliche kostenlose Zeitschrift des Weißen Kreuzes. Sie bringt wichtige Informationen, aktuelle Berichte und Kommentare, persönliche Lebenshilfe und Beiträge der Seelsorge.
- Zählen Sie sich zum Freundes- und Fördererkreis. Es gibt keine Pflichtbeiträge, aber nach eigenem Ermessen einmalige oder regelmäßige Spendenmöglichkeiten, die von der Steuer absetzbar sind. Herzlichen Dank allen, die Verantwortung erkennen.
- Helfen auch Sie dem Weißen Kreuz, diesem wichtigen Teilbereich und anderen seelsorgerlichen Aufgaben nachzukommen. Beteiligen Sie sich bitte nach Ihren Möglichkeiten, daß unsere **behördlich anerkannte Beratungsstelle nach §§ 218 b und 219 StGB in der Bundeszentrale des Weißen Kreuzes in Vellmar-Kassel** personell ausreichend versorgt und bundesweit in Anspruch genommen werden kann. Fordern Sie das Falblatt über Schwangerschafts-Konflikt-Beratung an.

Unser aller Gewissen muß wach werden. Ein weites Netz von Kontaktstellen ist nötig mit dazu ausgebildeten ehrenamtlichen Beratern. Vertrauenswürdige Frauen und Männer, Mütter und Väter sind gefragt. In inhaltlich entsprechend abgestimmten Seminaren kann eine Schulung von Helfern und Mitarbeitern erfolgen. Auf breiter Basis muß dieses Anliegen mitgetragen und verantwortet werden. Die jährliche Tötung von etwa 300 000 Embryos muß doch ein ernsthaftes Engagement auslösen, um diesen inhumanen Grausamkeiten wirksam entgegenzutreten. Das Töten in Deutschland darf uns nicht abstumphen.

Pfarrer Gerhard Naujokat  
Weißes Kreuz e.V.  
Postfach 31 40  
3502 Vellmar-Kassel

Das Weiße Kreuz ist gemeinnützig anerkannt.  
Eine Spendenbescheinigung für Ihr Finanzamt stellen wir aus.

Konto: Postscheckkonto Frankfurt/M. 80-602, BLZ 500 100 60

Eine entscheidende Voraussetzung für einen verstärkten Schutz des ungeborenen Lebens ist die Stärkung eines kinderfreundlichen Klimas in unserem Land. Glücklicherweise sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Anstrengungen in Kirche und auch in der Wissenschaft geleistet worden, die überzeugungsstark für das Ja zum Leben werben, weil nur so die Zukunft gewonnen werden kann. Hierzu benötigt die Politik dringend die Unterstützung durch die Kirchen. Nicht nur amtliche Stellungnahmen sind notwendig, sondern auch Aktivitäten in den Gemeinden, Gremien und Verbänden. Vielleicht aber beginnt sich bereits ein Bewußtseinswandel abzuzeichnen. Im vergangenen Jahr sind mehr Kinder in unserem Land zur Welt gekommen als in den Jahren zuvor. Mehr Menschen haben den Mut zur Zukunft wiedergefunden, und ihr Leben durch Kinder bereichert. So konnten wir der Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, zu der Kinder gehören, ein kleines Stück näherkommen.

Quelle: idea Nr. 93/86

### Beschluß des 28. Kreisparteitages auf Antrag des Evangelischen Arbeitskreises und der Frauenvereinigung der CDU im Rhein-Sieg-Kreis

Die CDU des Rhein-Sieg-Kreises setzt sich dafür ein, daß im Rhein-Sieg-Kreis in Zusammenarbeit mit einem freien Träger für schwangere Jugendliche und jugendliche Mütter ein Ausbildungszentrum für die Erlernung eines handwerklichen Berufs (z. B. für das Schneiderhandwerk) mit angeschlossener Kinderbetreuungseinrichtung geschaffen wird.

#### Begründung:

Die CDU steht im Wort, zur Erhaltung des noch ungeborenen Lebens alle der Gesellschaft möglichen Maßnahmen zu ergreifen. Der Ruf nach strafrechtlichen Sanktionen, der seine Erheber im übrigen zu nichts verpflichtet und die eigene Verantwortung abschleibt, hilft in diesem Problembereich nicht weiter.

Die vorgeschlagene Maßnahme ist nichts Neues; sie wird bereits praktiziert. Sie entspricht in jeder Hinsicht den Schwerpunktprinzipien christlich-demokratischer Gesellschaftspolitik. Ein Mißverständnis, sie könnte in Konkurrenz zur Ausbildung in Handwerksbetrieben treten, dürfte nicht entstehen. Sinnvoller als für einen solchen Zweck können öffentliche Mittel wohl nicht verwendet werden.

## Die wichtigste Aufgabe des Staates: Der Schutz des Lebens

Das folgende Interview zu Fragen nach dem Umgang mit werdendem Leben führte Ernst Schupp, Wiedenest, Vorsitzender der Aktion „Helfen statt töten“, mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Horst Waffenschmidt.

#### Schupp:

*Die Humanembryologie hat bewiesen, daß unser Leben mit der Befruchtung der mütterlichen Eizelle beginnt. Der Embryo ist die kleinste Erscheinungsform des Menschen; er trägt auch die Würde eines Ebenbildes Gottes. Nach Artikel 2 Abs. 2 GG ist sein Leben ein unbedingt zu schützendes Rechtsgut. Teilen Sie diese Ansicht? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus für die Abtreibungspraxis in unserem Lande?*

#### Waffenschmidt:

Ja, ich teile die Ansicht, daß das ungeborene Leben geschützt werden muß. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat mehrfach in Gesprächen mit Vertretern der Kirchen und kirchlicher Werke, aber auch in der

Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß er sich nachdrücklich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Ich bin der Auffassung, Schutz des Lebens ist die wichtigste Aufgabe des Staates. Deshalb habe ich z. B. eine Fristenlösung im Deutschen Bundes-

tag abgelehnt. Ich werbe auch als Politiker in meinen Reden für den Schutz des ungeborenen Lebens und sage deutlich, daß ich dies auch aus meiner Verantwortung vor Gott und den Menschen und aus meinem christlichen Glauben heraus tue. Aus dieser Haltung heraus habe ich mich auch für das Familienförderungsprogramm der Bundesregierung Helmut Kohl eingesetzt, das pro Jahr 10 Milliarden für die Familien bereitstellt. Darum setze ich mich auch beständig für die Stiftung „Mutter und Kind“ ein, die dazu hilft, daß keine Mutter ihr Kind aus materiellen Nöten heraus abtreiben muß. Ich bedaure, daß z. B. in Nordrhein-Westfalen bei Ministerpräsident Rau bisher keine Landesstiftung „Mutter und Kind“ gegründet wurde.

#### Schupp:

*Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Abtreibungszahlen sind nachweislich falsch. Tatsächlich werden bei uns jährlich weit über 200.000 Kinder abgetrieben (bei einer Geburtenrate von 584.000 im Jahr 1985). Über 80% davon*



Dr. Horst Waffenschmidt

fallen unter die sogenannte Notlagenindikation. Gleichzeitig sorgt der Staat per Gesetz für die öffentliche Finanzierung der Abtreibung und macht damit aus einem Straftatbestand eine Art Sozialleistung. Wie beurteilen Sie diese Situation? Kann man auch jetzt noch davon sprechen, daß der § 218 StGB dem Schutz (!) des ungeborenen Lebens dient?

**Waffenschmidt:**

Der § 218 StGB dient unter bestimmten Voraussetzungen dem Schutz des ungeborenen Lebens, was ja auch dadurch bewiesen ist, daß die Anhänger einer völligen Freigabe der Abtreibung auch den § 218 total abschaffen wollen. Zu verurteilen ist meines Erachtens der Mißbrauch der mit der sogenannten Notlagenindikation betrieben wird. Darum ist es notwendig, bei allen handelnden Mitbürgern und bei allen Verantwortlichen die Verantwortung für den Schutz des ungeborenen Lebens immer wieder öffentlich einzufordern. Bestehende gesetzliche Regelungen werden aufgrund vieler Umstände wahrscheinlich in absehbarer Zeit keine Änderung erfahren. Darum ist für mich das persönliche Zeugnis des Christen für den Schutz des ungeborenen Lebens so wichtig und auch der Einsatz für die Verbreitung dieser Ansicht. Ich habe mich z. B. nachdrücklich gegen Fernsehsendungen gewendet, die eine Verharmlosung der Abtreibung beinhalteten und Sendungen zum

Schutz des werdenden Lebens vorgeschlagen und erreicht.

**Schupp:**

Wenn für einen Teil der Menschheit (in diesem Fall die ungeborenen Kinder) das Grundrecht auf Leben praktisch aufgehoben wird, so trifft das uns alle. Die moralische Autorität des Rechtsstaates wird aufs schwerste geschädigt. Wir glauben, daß sich unsere Rechtsordnung an dem Gebot Gottes „Du sollst nicht morden“ orientieren muß, wenn es nicht zu einem totalen Verfall der Menschlichkeit und schließlich zu einem Gericht Gottes über uns kommen soll.

An welchen Werten orientiert sich Ihre Politik in der Abtreibungsfrage?

**Waffenschmidt:**

Meine Politik in der Abtreibungsfrage orientiert sich klar und so weit, wie eben möglich, an dem Gebot Gottes „Du sollst nicht morden!“

**Schupp:**

Die weitgehende Freigabe der Abtreibung führt zu einem leichtfertigen Umgang mit schwachem menschlichem Leben auch auf anderen Gebieten. So werden z. B. mit den sterblichen Überresten der abgetriebenen Embryos schon Geschäfte gemacht. Die neueren Befruchtungs- und Gentechniken behandeln auch den lebenden Embryo weitgehend als Experimentiermaterial. Das Lebensrecht der unheilbar Kranken, Unfallopfer, Geistestestoster, Behinderter und vielleicht bald auch sonstiger „unerwünschter“ Menschen wird zunehmend in Frage gestellt. Lassen sich diese Konsequenzen politisch und moralisch verantworten?

**Waffenschmidt:**

Solche Konsequenzen lassen sich politisch und moralisch nicht verantworten. Aus diesen Gründen wird z. B. der neue Deutsche Bundestag sich intensiv mit der Gentechnologie befassen müssen. Dies ist auch vorgesehen. Wir haben auch in unserem interfraktionellen und ökumenischen Gebetskreis im Bundestag schon begonnen, diese Fragen verantwortlich zu bearbeiten und für die Gesetzgebung vorzubereiten, in engem Zusammenwirken mit den Kirchen.

**Schupp:**

Abtreibungen gehen in hohem Maße zu Lasten der betroffenen Frauen. Sehr häufig wird der Abbruch durch den Partner oder die Eltern erzwungen. Auch „legale“, von gut trainierten Ärzten durchgeführte Abtreibungen weisen eine hohe Rate körperlicher und seelischer Früh- und Spätschäden auf. Welche Bedeutung messen Sie diesen Tatsachen bei?

**Waffenschmidt:**

Den körperlichen und seelischen Frühschäden und Spätschäden messe ich große Bedeutung zu. Sie führen zu vielen Erkrankungen und auch zu manchem persönlichen Unglück. Darum sollte immer wieder davor gewarnt werden, leichtfertig eine Abtreibung vorzunehmen.

**Schupp:**

Auch in unserem Land entstehen jetzt sogenannte Abtreibungskliniken. Ihre Betreiber sind wirtschaftlich abhängig von ausreichend hohen Abtreibungszahlen. Gelegentlich werden sogar die Beratung nach § 218ff. und der Abbruch selbst unter dem gleichen Dach vollzogen (pro familia Zentren in Bremen, Gießen, . . .). Kann man unter diesen Umständen von einer dem Gesetz entsprechenden Beratungspraxis sprechen?

**Waffenschmidt:**

Hier sind alle Verantwortlichen in Kirche, Staat und Gesellschaft zu äußerster Wachsamkeit aufgefordert. Besondere Verantwortung tragen hier die zuständigen Behörden in Ländern und Gemeinden und alle Krankenträger. Hier muß auch auf Beachtung der gesetzlichen Vorschriften eindeutig geachtet werden, denn immerhin dient auch das geltende Recht, mag es an manchen Stellen noch so unzulänglich sein, dem Schutz des werdenden Lebens. Und es ist eindeutig herrschende Ansicht in Rechtsprechung und Lehre, daß ein Gesetz seinem Sinn nach angewendet werden muß.

**Schupp:**

Die alltägliche Praxis in unseren Krankenhäusern zwingt das medizinische Personal nicht selten, auch gegen ihr Gewissen an Ab-

## Aus dem Inhalt

Wahlaufruf	1
Den Schutz des Lebens stärken	2
Die wichtigste Aufgabe des Staates – Der Schutz des Lebens	3
Abtreiben statt helfen	5
Namen und Nachrichten	7
Aus unserer Arbeit	8
Leserbrief	14
Verlage und Verlegtes	14
Termine	16

bungen teilzunehmen. Gynäkologen wird teilweise eine Weiterbildung nur dann ermöglicht, wenn sie sich bereiterklären, auch Abtreibungen vorzunehmen. Von Berufen, auf deren Verpflichtung zur Hilfe und zum Heilen wir uns verlassen, verlangt man also die ständige Bereitschaft zum Töten. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

**Waffenschmidt:**

Meines Erachtens ist hier klar die Gewissensentscheidung des einzelnen zu achten, auch des Gynäkologen. Weiterbildung muß in Achtung dieser Gewissensentscheidung ermöglicht werden.

**Shupp:**

*Sind Sie der Meinung, daß die Abtreibungszahlen in unserem Land gesenkt werden müssen? Wenn ja: Welche Maßnahmen genießen für Sie Priorität, und welche Schritte planen Sie konkret im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag?*

**Waffenschmidt:**

Ich bin der Meinung, daß in unserem Land die Abtreibungszahlen gesenkt werden müssen!

Als Bundestagsabgeordneter werde ich mich für alle Maßnahmen einsetzen, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen. Meine Fraktion hat dazu einen umfangreichen Beschluß gefaßt, den ich nachhaltig unterstütze. Auch die von CDU und CSU regierten Länder haben entsprechend im Bundesrat beschlossen.

Ich stimme Bundeskanzler Helmut Kohl zu, wenn er folgendes feststellt:

„Ich bin der festen Überzeugung, daß in erster Linie die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen dringender Verbesserung bedarf. Die Beratung der Mütter zugunsten des Lebens ist noch nicht ausreichend abgesichert. Es besteht meiner Ansicht nach für jeden Politiker die selbstverständliche Verpflichtung, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen mit sozialer Notlagenindikation so weit wie möglich zu senken. Ich bin mit vielen, auch kirchlichen Fachleuten der Meinung, daß bei uns der Schutz des Lebens durch Hilfe in

jedem Einzelfall und durch eine Stärkung des Wertebewußtseins besser erreicht werden kann als durch noch so gute juristische Regelungen.“

Insbesondere werde ich mich einsetzen für die Stiftung „Mutter und Kind“ und für weitere Verbesserungen der Familienförderung. Keine Frau soll in unserem Land abtreiben, weil sie sonst in äußerster Not geriete. Aber ich will auch mit meinem Amt für den menschlichen und ethischen Auftrag werben, der darin liegt, werdendes Leben zu schützen. Als Christ werde ich bisweilen auch sagen, daß gerade auch hier Gottes Gebote Beachtung finden müssen. Denn ohne den Segen Gottes ist ein Land und Volk verloren!

## Rund 1000 Abtreibungen in der Bundesrepublik pro Arbeitstag

Auf einer Tagung zum „Schutz des Ungeborenen“ in Rüsselsheim erklärte der Vorsitzende der freikirchlichen Anti-Abtreibungsinitiative „Pro Vita“, Chefarzt Wolfgang Furch, daß es Anzeichen für einen Bewußtseinswandel gebe. Bei einer Umfrage hätten 71 Prozent der befragten Frauen erklärt, sie würden niemals einen Schwangerschaftsabbruch bei sich durchführen lassen. Nach Angaben von Furch gab es aber im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland rund 1000 Abtreibungen pro Arbeitstag, also rund 220.000. Demgegenüber habe die Zahl der Geburten 548.000 betragen. Dies bedeute, daß jedes vierte Kind im Mutterleib getötet werde. 84,5 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche seien mit einer Notlagenindikation begründet worden.

## Abtreibung statt helfen

Ralph Bierett

Die Grünen betreiben nach Aussage ihres Bundesprogrammes „eine Politik der aktiven Partnerschaft mit der Natur und dem Menschen“. Ihre Haltung zur Abtreibung läßt jedoch Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses hehren Postulats aufkommen.

Die auf dem Hannoveraner Bundesparteitag der GRÜNEN im Mai 1986 beschlossene Forderung nach

ersatzloser Streichung der § 218 und 219 StGB führte in der Bevölkerung zu erheblichen Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der GRÜNEN. Das ist insofern verwunderlich, als dieser Beschluß nur klarer ausdrückt, was die GRÜNEN schon seit ihrer Gründung fordern. Im Bundesprogramm, 1980 in Saar-

brücken beschlossen, heißt es: „Keine Strafverfolgung und Einschüchterung von Frauen und Ärzten, die abgetrieben haben.“ Dies ist, ohne daß der § 218 ausdrücklich genannt wird, inhaltlich bereits die gleiche Forderung wie „Weg mit dem § 218“ im Wahlprogramm '87. Der Beschluß von Hannover brachte

also eine Klarstellung der Programmlage, jedoch keine inhaltliche Neufassung.

### **Durchmarsch der Radikalen**

Eine Radikalisierung der grünen Position zur Abtreibung drückt sich indes in den weiteren Forderungen von Hannover und im Diskussionsverlauf auf diesem Parteitag aus. Zum § 218 lag ein Alternativantrag der Delegierten Dorothea Calabrese vor, der sich zwar auch „gegen die strafrechtliche Verfolgung im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen“ aussprach. Jedoch enthielt die Begründung einige Formulierungen, die sich deutlich von der beschlossenen Fassung abheben. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes wurde im Calabrese-Antrag zumindest erörtert. Sie schreibt, unter Verwendung der Formulierung des Bundesprogrammes der GRÜNEN:

In der Frage der Schwangerschaftsabbruch geraten zwei wesentliche Ziele der GRÜNEN in Widerspruch miteinander: Einerseits entschieden für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und Männer einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen.“

Sie fährt dann fort:

„Da jedoch für die meisten Frauen klar ist, daß es sich von Anbeginn um MENSCHLICHES LEBEN handelt, das weder Anhängsel noch Eigentum der Mutter ist (jeder Mensch gehört nur sich selbst, auch das Kind im Mutterleib, und hat ein Recht auf sich selbst), wird die Entscheidung gegen dieses Leben nicht leichtfertig getroffen. Aber sie scheint heute für viele (allzu viele 300 000 Abbrüche im Jahr!) ein Ausweg aus einer – wie sie meinen – für Kinder perspektivlosen persönlichen Lebenssituation in einer sowieso kinderfeindlichen Gesellschaft.

In diesem Konflikt machen sich leider die Betroffenen nicht klar, daß sie mit dem Schwangerschaftsabbruch Gewalt gegen ein lebendes Wesen anwenden: daß sie den Normen dieser Gesellschaft blind folgen, wenn sie ihre Ausbildung, Mobilität, Karriere, Konsum, ihre

Urlaubspläne, ihre Beziehungsprobleme und auch ihre materielle Not an vorderster Stelle berücksichtigen, und dann zu dem Schluß kommen, sie könnten dieses ungeplante Leben nicht annehmen. Sie sehen meist nur die Einschränkungen ihrer Freiheit, die Arbeit und Mühe, und passen damit auch gut ins Bild dieser Konsumgesellschaft, die jede erdenkliche Bequemlichkeit und Genuß bieten will. Dagegen sollte man die Mütter fragen, welche würde ihr Kind lieber hergeben? Wo gibt es eine, die sagt ‚ach hätt ich’s bloß damals abgetrieben‘?“

Der Antrag von Dorothea Calabrese, für den sie sich vor der Bundesversammlung mehrfach sehr engagiert einsetzte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt! In der jetzigen Formulierung des Wahlprogrammes ist der Hinweis auf das Leben des ungeborenen Kindes und die eingangs zitierte Formulierung des Bundesprogrammes nicht mehr enthalten. Die Forderung nach totaler Selbstbestimmung der Frau und - damit zwangsweise verbunden - der totalen Entrechtung des Kindes hat sich also durchgesetzt.

### **Abtreibung flächendeckend**

Die übrigen Beschlüsse zur Abtreibung bestätigen dieses Bild. So wird die „Abschaffung der Stiftung ‚Mutter und Kind‘ und ‚ähnlicher Pseudohilfen“ gefordert, die „freie Wahl der Abbruchmethode und die objektive Darstellung aller Methoden“, die „Möglichkeit zu ambulantem Abbruch in allen Kliniken und Praxen“, die „volle Übernahme aller Kosten durch die Kassen“, das „Erlernen schonender Abbruchmethoden während der Ausbildung der Fachärzte und Fachärztinnen“ und die „Einrichtung von Ambulatorien wie das Bremer Modell von Pro Familia“.

Diese Forderungen sprechen eigentlich für sich. Sie widerlegen vor allem die Rückzugsposition, die grüne Funktionäre gegen die massive Kritik an den Hannoveraner Beschlüssen aufgebaut haben. Diese argumentieren nämlich, daß der Vorwurf, die Forderung nach

ersatzloser Streichung der § 218 und 219 StGB bedeute die Freigabe der Abtreibung bis zum 9. Monat, also bis zur Geburt, nur Panikmache sei. Es gibt keine Frau, die ihr Kind so spät abtreiben wolle. Betrachtet man die ergänzenden Forderungen, so wird klar, wie unhaltbar und unglaubwürdig diese Rückzugsposition ist. Wer die Abschaffung der Stiftung „Mutter und Kind“ fordert und diese als „Pseudohilfe“ bezeichnet, wer damit auch die Abschaffung ähnlicher Stiftungen auf Länderebene fordert, wer den ambulanten Abbruch in allen Kliniken und Praxen und die Einrichtung von Abtreibungs-Ambulatorien fordert, der kann nicht ernsthaft behaupten, daß sein Ziel eine Senkung der Abtreibungszahlen sei.

Das wird schon an dem von den GRÜNEN und der SPD geförderten Gießener Abtreibungszentrum von Pro Familia deutlich, das sich finanziell selbst tragen soll und dazu nach Angaben einer Mitarbeiterin der Gießener Pro Familia mit über 1.000 Abbrüchen pro Jahr rechnet. Es ist ähnlich organisiert wie das im Wahlprogramm als Vorbild aufgeführte Bremer Abtreibungszentrum.

Erhellend ist aber auch eine erklärende Fußnote im Wahlprogramm der GRÜNEN. Dort heißt es:

„Auch nach der geforderten ersatzlosen Streichung des § 218 werden 98% aller Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten 12 Wochen stattfinden. Das Gruselmärchen von den Frauen, die bis einen Tag vor der Geburt abtreiben, und den GRÜNEN, die dies angeblich befürworten, ist nichts als übelste Hetze und Wahlpropaganda“.

Geht man von 200.000 Schwangerschaftsabbrüchen jährlich in der Bundesrepublik Deutschland aus, so würden demnach 2%, also immer noch 4.000 Kinder, nach der 12. Woche abgetrieben. Dies gestehen die GRÜNEN also selbst ein<sup>1)</sup>.

Auch die häufig vorgebrachte Entschuldigung, die GRÜNEN seien zwar für Straffreiheit, aber trotzdem gegen die Abtreibung, ist nicht einmal oberflächlich richtig. Wenn es um ein so zentrales Gut wie das

menschliche Leben geht, ist die Abschaffung der Strafbarkeit gleichbedeutend mit der Legalisierung des Abbruches. Wer würde schon auf den Gedanken kommen, sich gegen schwere Kapitalverbrechen, gegen Vergewaltigung, Mord oder Raub auszusprechen? Hier schieben die GRÜNEN ein scheinliberales Argument vor, das letztlich nur den Verzicht auf die Schutzpflicht des Staates gegenüber dem ungeborenen Menschen verdecken soll. Außerdem ignorieren sie die wertsetzende Kraft des Rechts, auch und gerade des Strafrechts.

Aufschlußreich ist auch die Forderung nach „Erlernen schonender Abbruchmethoden“. Sie liegt auf der gleichen Ebene wie die Fest-

stellung der Landesfrauen Arbeitsgruppe der GRÜNEN-Niedersachsen in der „tageszeitung“ vom 13. November 1986, es sei in den meisten Bundesländern „weiterhin so gut wie unmöglich, auf würdevollem Weg abzutreiben“. Gemeint ist damit nicht das Unterlassen der Abtreibung. Bemängelt wird vielmehr, daß „faktisch das Indikationsmodell (seit 1975) nur in wenigen Bundesländern greift“, also angeblich zu wenig angewandt werde. Abtreibung auf „würdevollem“ Weg und das Erlernen „schonender“ Abbruchmethoden erinnern in fataler Weise an Diskussionen über die Einführung „humaner“ Hinrichtungsmethoden in Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft

haben. Die Verbindung dieser Begriffe mit der Tötung menschlichen Lebens ist der schlagendste Hinweis darauf, wie zynisch die GRÜNEN mit diesem menschlichen Leben umzugehen bereit sind. Ihre „Politik der aktiven Partnerschaft mit der Natur und dem Menschen“ kristallisiert sich in völlig übersteigertem Individualismus als eine „Politik der aktiven Partnerschaft nur mit sich selbst“, als purer Egoismus, heraus.

1) Keine Frage: Zumindest für diese 4.000 Kinder nehmen die GRÜNEN eine Abtreibung bis zum 9. Monat billiger in Kauf.

Erstdruck: Civis 4/86

Ralph Bierett, Autor dieses Beitrages, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

---

## Namen und Nachrichten

---

### **Evangelische Arbeitnehmer warnen vor „Verlust der Integrationskraft“**

Vor einem „Verlust der Integrationskraft“ der Kirchen hat jetzt der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BEA) gewarnt. In einer Erklärung des BEA-Bundesvorstandes zum Bundestagswahlkampf heißt es, die Kirche scheine ihre „in den vergangenen Jahrzehnten erlebte Fähigkeit“, Versöhnung zu stiften, wieder zu verlieren. An einigen Stellen werde „zunehmend offene, unkritische Parteinahme gefordert und praktiziert“. Christen sollen „das Salz der Erde sein“. Sie dürfen sich nicht durch Ideologien „auslaugen“ lassen. Gegensätzliche Interessen und Parteistandpunkte haben sich verhärtet. Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit werde heute weniger erkannt als früher. „Versöhnung gilt schon wieder als Schwäche, Parteilichkeit als Tugend“. Die großen Kräfte und Werte des christlichen Glaubens – Liebe, Versöhnung, Hoffnung – würden ausgehöhlt.

---

### **„Evangelikale Alternativveranstaltungen“ zum Kirchentag**

Auch zum kommenden Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt vom 17. bis 21. Juni 1987 wird es „evangelikale Alternativveranstaltungen“ geben. So sind am 17. Juni in Berlin, Neumünster und Osnabrück regionale „Gemeindetage unter dem Wort“ geplant. Außerdem finden in Süddeutschland die traditionell am Fronleichnamstag, Donnerstag, dem 18. Juni 1987, durchgeführten Ludwig-Hofacker-Konferenzen in neun württembergischen Städten statt. Hinzukommt am 17. Juni in Ludwigsburg ein Jugendmissionstag. Das Motto aller Veranstaltungen lautet „Von Gottes Wort leben – nicht vom Brot allein“.

### **Politisch ja – parteipolitisch nein**

Die Kirche trägt eine gesellschaftspolitische, aber nicht eine parteipolitische Verantwortung, stellte kürzlich der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, **Hans-Martin Linnemann**, klar. Diese Äußerung bei einem Pressegespräch in Dortmund fügt sich ein in eine Reihe ähnlich klärender Stellungnahmen aus kirchlichem Raum. Es ist offenbar „evangelisches Gemeingut“ geworden, daß sich die Kirche ihre öffentliche Verantwortung nicht infrage stellen läßt, daß sie sich aber auch deutlich auf ihre Grenzen und Möglichkeiten besinnt. Präses Linnemann folgerte aus seiner Erklärung, daß die Kirche im Wahlkampf keine Erklärung für die eine oder andere Partei abgeben werde.

---

### **Kirchengemeinden sollen gewählte Vertreter mittragen**

Der Staatssekretär beim baden-württembergischen Finanzminister, **Heinz Heckmann, MdL**, äußerte im Hinblick auf das Verhältnis von Kirche und Politik, die Bitte, daß die Gemeinden ihre Abgeordneten, auch die gewählten Vertreter der Bürger in Gemeinderäten und Kreistagen, ganz bewußt in dieser Aufgabe annehmen und mittragen. Wer sich in einer Demokratie für seine Mitbürger zur Verfügung stellt, empfindet es dankbar, wenn die Kirche nicht auf Distanz geht, sondern dieses politische Engagement bejaht. Dies kann z. B. auch dadurch geschehen, daß man am Wahltag die zu wählenden Repräsentanten in seine Fürbitte miteinschließt.

## Friedrich Vogel Vorsitzender des Europäischen Arbeitskreises christlich-demokratischer Juristen

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt und stellvertretender Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Friedrich Vogel**, ist zum Vorsitzenden des Europäischen Arbeitskreises christlich-demokratischer Juristen gewählt worden. In dem kürzlich in Luxemburg gegründeten Gremium arbeiten Rechtspolitiker der 14 Mitgliedsorganisationen der Europäischen Volkspartei zusammen.

## Kirchensteuer

Genau 217,80 DM Kirchensteuer haben die evangelischen Landeskirchen im vergangenen Jahr pro Kopf im Jahresdurchschnitt eingenommen. Insgesamt betrug das Steueraufkommen der Landeskirchen nach Angaben des Präsidenten des Landeskirchenamtes in Hannover, **Eckhart von Vietinghoff**, knapp **5,6 Milliarden DM**. Gegenüber 1984 stieg der Steuersatz damit um etwa 9 Prozent.

## Aus unserer Arbeit



Teilnehmer des Seminars „Christsein in der DDR“

### Christsein in der DDR – Erfahrungen und Gedanken zur Situation der Christen in der DDR –

Bonn. Vom 14.–16. November 1986 fand in Bonn eine Tagung des „Arbeitskreises Theologie“ im EAK statt. Im Mittelpunkt stand das „Christsein in der DDR“. Die Teilnehmer – allesamt Studenten – reisten aus der ganzen Bundesrepublik an, um sich über die Situation der Christen in der DDR zu informieren. Die Referenten waren sämtlich Betroffene und konnten somit persönliche Erfahrungen aus erster Hand vermitteln. Die Tagung blieb jedoch nicht dabei stehen, sondern beabsichtigte darüberhinaus, nach Möglichkeiten eines fruchtbaren Kontaktes von Christen über Mauer und Stacheldraht hinweg zu suchen. Ziel war es ebenfalls, danach zu fragen, was wir als Christen in der Bundesrepublik von den Christen in der DDR lernen können.

**Pfarrer Gloege** aus Rheinbach war bis vor 10 Jahren Pfarrer in der DDR und schilderte in einer sehr beeindruckenden

Weise seine Erfahrungen und die Gründe, die letztlich zu seiner Ausreise führten. Er konstatierte eine Reformbedürftigkeit der DDR-Kirche, die sich immer noch der Illusion der Volkskirche hingabe, begleitet von der Tendenz zur Selbstzensur bis hin zum Mißbrauch des Wortes „Frieden“ für angebliche Gemeinsamkeiten von Regime und Kirche. Wichtig war ihm eine Erfahrung, die sowohl im Westen wie im Osten Gültigkeit hat: In beiden Teilen Deutschlands muß die Kirche wieder durch Verkündigung, Unterricht, Seelsorge und Diakonie ein Fundament schaffen, auf dem die Kirche sich aufbauen kann. Oft erliegt die Kirche der Versuchung, sich lautstark um weit entfernt liegende Probleme zu kümmern, die Probleme in der eigenen Gemeinde jedoch bequem beiseite zu schieben.

**Hans Christian Maaß**, stv. CDU-Sprecher, ist Pfarrerssohn aus der DDR. Er wurde von der Bundesregierung aus dem Gefängnis in der DDR freigekauft. In einem historischen Rückblick unterstrich er, daß man die Kirchenpolitik der SED nicht

verstehen könne, ohne ihre Grundlagen im Marxismus-Leninismus zu kennen. Der Marxismus-Leninismus geht von einem historisch notwendigen Absterben der Religion aus, wenn der Sozialismus verwirklicht ist. Dies erklärt den Totalanspruch des DDR-Regimes auf die Jugend und den Versuch, den Einfluß der Kirche auf die Jugend systematisch zurückzudrängen. Heute besitzt die Kirche in der DDR vor allem die Funktion einer gesellschaftlichen Nische, die mit einer starken Basisorientierung verbunden ist. Sie bietet Raum für Friedensbewegung, Menschenrechtsdiskussion usw. Diese Basisorientierung wird von einem Mißtrauen gegen die Kirchenleitungen begleitet. Die Entfremdung der Kirchenleitungen gründe, so Pfarrer Brüsewitz, der sich 1976 selbst öffentlich verbrannte, in der vom Regime gewährten Möglichkeit, nach Westen zu reisen, die eine Korruption der Kirchenleitungen bewirke. Herr Maaß empfahl, möglichst intensive Kontakte in die DDR zu unterhalten. Dies sei besonders wichtig, weil die verwandtschaftlichen Bindungen immer mehr nachlassen, so daß neue Bande geknüpft werden müssen. Als größten Unterschied zwischen Christen hüben und drüben sah er die feste Bekenntnishaltung fast aller Christen in der DDR an, die er in der Bundesrepublik vermißt. Der starke Druck von Seiten des Regimes hat dazu geführt, daß jeder Christ drüben schwerwiegende Konsequenzen in Schule und Beruf auf sich nehmen muß. Dies kann er nur, wenn er in seinem Glauben fest ist. In dieser Situation erlangt der Glauben eine existentielle Bedeutung.

**Christoph Weinert**, ein junger katholischer Christ, dessen Ausreiseartrag von den DDR-Behörden vor zwei Jahren stattgegeben wurde, faßte seine Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands in dem Satz zusammen, daß die Kirchen in der DDR Bekenntniskirchen und die Kirchen in der Bundesrepublik Traditionskirchen seien.



Aus dem Seminar konnten sehr viele Erfahrungen geschöpft werden, die auch für das Christsein in der Bundesrepublik fruchtbringend sind: So vor allem die Erfahrung des gemeinsam praktizierten lebendigen Glaubens, wie er vielerorts in der DDR gelebt wird.

Demgegenüber geben einige Entwicklungen aber auch zur Besorgnis Anlaß. Die authentischen Berichte über die staatlichen Repressalien gegenüber Christen in Schule und Beruf hat die Teilnehmer sehr betroffen gemacht. Am Ende äußerten die Teilnehmer den Wunsch, im nächsten Jahr eine gemeinsame Fahrt in die DDR zu einer Kirchengemeinde zu unternehmen.

**Anmerkung:** Thomas Berke, Tagungsleiter und Autor dieses Beitrags, studiert Evangelische Theologie in Bonn und ist Sprecher des Arbeitskreises Theologiestudenten im EAK.

## Wir dürfen nicht alles, was wir können

**Bochum.** Der EAK im CDU-Bezirksverband Ruhrgebiet konnte im Rückblick auf sein traditionelles Buß- und Bettagsgespräch durchweg positive Resonanz verzeichnen. Der EAK-Bezirksverband Ruhrgebiet, ein Zusammenschluß der evangelischen Mitglieder der CDU aus den Kreisverbänden Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen und Unna, hatte den CDU-Bezirkschef Dr. Norbert Lammert, MdB, zu Gast, der unter dem Leitthema „Ende ohne Wachstum oder Wachstum ohne Ende?“ den zahlreichen EAK-Mitgliedern und Freunden seine Auffassung zum Verhältnis von Politik, Technik und Ethik vortrug.

Zuvor stellte der Bochumer EAK-Vorsitzende Karl-Heinrich von Thümen, gleichzeitig stellvertretender EAK-Bezirksvorsit-

zender, in seiner Begrüßungsrede fest, daß sowohl Termin als auch Thema bewußt gewählt seien, um zu verdeutlichen, daß sich der EAK auch und gerade der Grundsatzfragen annehme. Wörtlich meinte von Thümen: „So glauben wir dem Anliegen des Bußtages, auch ein Tag der Gewissenprüfung für den Einzelnen zu sein, gerecht zu werden.“

Dr. Norbert Lammert, Diplom-Sozialwissenschaftler und Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag, sprach in seinem Vortrag auch die



Dr. Norbert Lammert, MdB

Herausforderungen an, denen das Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft ausgesetzt sei. Die immer häufiger und ganz besonders von der jungen Generation gestellte Frage laute: Ist das in der Vergangenheit fraglos bewährte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Lage, die künftigen Probleme des Arbeitsmarktes, der Energieversorgung, des schonenden Umgangs mit knappen Ressourcen, Erhaltung der natürlichen Umwelt, auch bei rückläufigen Wachstumsraten zu lösen und dabei gleichzeitig Verteilungsgerechtigkeit im Innern und nach außen, also im Verhältnis zu den Ländern der Dritten und Vierten Welt zu gewährleisten?

Lammert stellte zunächst fest, daß nach seiner Auffassung Freiheit und Menschenwürde im Mittelpunkt unserer Wirtschaftsordnung zu stehen haben und im Konfliktfall Vorrang vor ökonomischen Nutzen hätten. In mehr als drei Jahrzehnten habe diese Wirtschaftsordnung eine Steigerung des allgemeinen Lebensstandards und ein hohes Maß an sozialem Frieden geschaffen, um den uns manche Länder beneiden. Heute muß sie die Arbeit neu definieren, die Volkswirtschaft modernisieren, die natürliche Umwelt erhalten, moderne Technologien einführen und zugleich sozial verträglich gestalten; sie muß Investitionen fördern und dabei Vermögensstrukturen verändern, sie muß Steuer- und Abgabenlasten korrigieren

und insgesamt den Stellenwert individueller und gesellschaftlicher Verantwortung gegenüber staatlicher Subventions- und Strukturpolitik neu bestimmen, meinte Dr. Norbert Lammert.

Wörtlich sagte der Bundestagsabgeordnete: „Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Mythos entzaubern, der gerade in der wirtschaftspolitischen Diskussion seit vielen Jahrzehnten scheinbar unangefochten ist, nämlich den Mythos vom Bruttosozialprodukt als dem Gütezeichen einer Gesellschaft. Das Bruttosozialprodukt ist weder das einzige noch ein ausreichendes Gütezeichen einer Gesellschaft.“ Viele wichtige Dinge im Leben und Miteinander könne es nicht messen, etwa das Niveau von Kunst und Kultur oder die Qualität unserer Schulen sowie die Zufriedenheit und Geborgenheit von Kindern in intakten, glücklichen Familien. „Wir müssen quantitative Ziele mit qualitativen Daten ergänzen und festsetzen“, appellierte Lammert unter großem Beifall an die Versammlung.

„Wir dürfen auch nicht alles, was wir können“, formulierte der CDU-Bezirksvorsitzende und ergänzte: „Der Mensch ist die Krone der Schöpfung, aber er ist nicht ihr Herr.“

Abschließend versprach EAK-Bezirksvorsitzender Dr. Dieter Lingenberg, Essener CDU-Ratsherr, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Ruhrgebiet seinen Beitrag zur Zukunftsbewältigung leisten werde und auch künftig grundsätzliche Themen und sogenannte „heiße Eisen“ aufgreifen werde. Ähnliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sollten in zwangloser Reihenfolge in allen EAK-Kreisen des Reviers erfolgen!

Reiner A. Terhorst

## Südafrika – Auftrag des Evangeliums oder politische Aufgabe der Evangelischen Kirchen?

**Hannover.** Auf großes Interesse stieß die jüngste Veranstaltung des EAK Hannover unter vorstehendem Thema. Den prinzipiellen Unterschied im Blick auf die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland machten Oberkirchenrat Rudolf Hinz, Außenamt der EKD, und Präsident Prof. Dr. Axel von Campenhausen, Mitglied der Synode der EKD, deutlich.

Hinz: Der christliche Glaube kann eine Politik, welche die Rassentrennung zementiert und fortsetzt, nicht bejahen. Alle Menschen sind von Gott geliebt, sie haben Anspruch auf gleiche Rechte, gleichen Schutz und gleiche Würde. Die Verbindlichkeit christlichen Redens muß sich an der christlichen Botschaft messen lassen. Deshalb ist eine Einflußnahme von deutscher kirchlicher Seite auf die südafrikanische Regierung nötig, denn die Reformen brachten keinen entscheidenden

### Unsere Autoren:

Staatsminister  
Albrecht Martin, MdL  
Schedestr. 1-3  
5300 Bonn

Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl, MdB  
Bundeskanzleramt  
5300 Bonn 1

Staatssekretär  
Dr. Horst Waffenschmidt, MdB  
Bundesministerium des Innern  
Graurheindorfer Str. 198  
5300 Bonn 1

Ralph Bierett  
Am Hang 17  
5300 Bonn 3

Schritt zur Abschaffung der Apartheid. Da das Prinzip der Rassentrennung nicht aufgegeben ist, steuert Südafrika auf eine mögliche Katastrophe zu, und man sollte dann der Ev. Kirche in Deutschland nicht vorwerfen können, sie habe geschwiegen.

Von Campenhausen: Sanktionen gegen Südafrika sind eine Form von Gewalt. Die christliche Kirche hat keinen Auftrag zur Verkündigung politischer Gewaltmaßnahmen. Wenn auch die Äußerungen der EKD zur Apartheid differenzierter sind als ihre Kritiker oft zugeben, so verkennt sie, daß aus dem christlichen Auftrag nicht die Ableitung politischer Grundrechte erfolgt. Die südafrikanische Regierung hat als einzige den Willen und die Macht, die politische Situation in ihrem Land zu verändern. Sie hat Reformgesetze und Verbesserungen durchgeführt. Man muß die weiße Regierung zu weiteren Reformschritten ermutigen und sie nicht durch Strafakte isolieren. Man sollte sehen, daß diese Reformen den weißen Steuerzahler ungeheuer viel Geld kosten. Die hiesigen Kirchen sollten die schwarzen Führer ansprechen und stützen, welche einen Weg der Gewaltlosigkeit und der Reformen bejahen, und nicht diejenigen fördern, welche sofortige unrealistische, notfalls gewalttätige Lösungen fordern.

Rechtsanwalt **Dr. Eberhard Nordmann**, Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, rief dazu auf, das negative Südafrikabild zu überprüfen. Ein neuer Denkansatz wäre es, Südafrika nicht immer mit den westlichen Demokratien zu vergleichen, sondern diesen Staat im Zusammenhang mit den Ländern Schwarz-Afrikas zu sehen. Von 51 Staaten werden 45 von einem Einparteiensystem regiert, fast alle sind wirtschaftlich bankrott. Dagegen hat Südafrika eine erstaunliche staatliche und wirtschaftliche Stabilität bei einer höchst schwierigen innenpolitischen Situation und einer Vielfalt der Bevölkerungsgruppen mit intensiven Feindschaften. Man sollte sich bei allen Einflußnahmen von außen her ernsthaft fragen, ob das Ziel, das man anstrebt, wirklich erreicht wird.

Ursula Klappe

### Der Christ wird erst durch sein Handeln glaubwürdig

**Albstadt-Ebingen.** „Wer daran glaubt, daß Gegenwart und Zukunft in Gottes Händen liegen, der kann sich mutig aktuellen Aufgaben zuwenden“. Mit dieser Aussage begann der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, **Dr. Horst Waffenschmidt**, seinen Vortrag beim Evangelischen Arbeitskreis zum Thema: „Die Verantwortung der Christen in unserem demokratischen Staat“.

Dem Christen müsse es auch heute darauf ankommen, so Waffenschmidt, die

Lebensumstände so gerecht, so freiheitlich und so menschlich wie möglich, zu gestalten. Glaube, Gebet und Gemeinschaft der Christen geben zu dieser Aufgabe Mut und auch ein Maß an fröhlicher Gelassenheit. Sie bewahrten uns aber auch vor falschen Vollkommenheitsansprüchen und Absolutheitsvorstellungen und lassen erkennen, daß uns nicht verheißen sei, das Reich Gottes auf Erden zu schaffen. Erst durch sein Handeln werde der Christ glaubwürdig, das gelte auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Im zweiten Teil des Referats ging der Politiker, der u. a. auch der Landessynode seiner Kirche angehört, konkret auf die Schwerpunkte einer Politik der Erneuerung ein: Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, solide Wirtschafts- und Finanzpolitik, Stärkung der Privatinitiative und Leistungsbereitschaft, Schutz der Umwelt und der Familie.

### Das Geschäft mit der Angst

**Swisttal-Odendorf.** Zum Thema „Unsere Zukunft ist ein Alptraum, oder das Geschäft mit der Angst“ sprach Pfarrer **Arnulf Linden** aus Bad Honnef in der Gemeinschaftsgrundschule in Odendorf. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU im Rhein-Sieg-Kreis bietet in unregelmäßigen Abständen Vorträge zu verschiedensten Themen an. „Wir wollen den Bürgern im Kreis vor Ort Vorträge und Gespräche anbieten“, sagte **Dr. Roland Kirstein**, Vorsitzender des EAK.

Nicht als Politiker halte er seine Rede, betonte Pfarrer Linden in seiner Einleitung, sondern als Theologe.

Im Gegensatz zur „Furcht“ beziehe sich die „Angst“ auf etwas unbestimmtes Zukünftiges. Angst ist eine menschliche Grundsituation, Grundbestimmung des Menschen. Angst kann auch ein Kontrollmechanismus sein, der Positives erreichen kann, wie zum Beispiel, wenn durch Angst Druck erzeugt wird, um ein bestimmtes Ziel oder eine Entscheidung zu erreichen. „Von raffinierten Menschen kann also Angst auch ausgenutzt werden“, meinte Linden. „Und das Schlimmste ist dann das Geschäft im großen Maßstab, auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet.“

„Angst und Glauben kämpfen um die Herrschaft im Menschen“, fuhr Linden fort, „und Zukunft hat etwas mit Glauben zu tun. Gott setzt das Ende der Welt, nicht der Mensch. Und so können wir auch die Angst nur mit dem Glauben in Griff kriegen.“

### 7. Duisburger Gespräch

**Duisburg.** „Es wäre schlimm, wenn sich Christen wegen unterschiedlicher politischer Meinung nichts mehr zu sagen

hätten“. **Reiner A. Terhorst**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Duisburg, möchte nicht, daß in der Kirche „Funkstille“ herrscht. Aus diesem Grunde veranstaltete der EAK jetzt seine siebten Duisburger Gespräche unter dem Titel „Was erwartet die Evangelische Kirche von der CDU – was erwartet die CDU von der Evangelischen Kirche?“ Rund 40 evangelische Christen, darunter auch Pfarrer, fanden sich im Kolpinghaus am Dellplatz ein. Dabei wurden die auf den Nägeln brennenden Probleme durchaus kontrovers diskutiert.

Die Kirche, so beklagte ein Diskussions Teilnehmer, habe in der Vergangenheit nicht genügend zur „geistigen Wende“ in der Bevölkerung beigetragen. **Horst Wehrich**, Pfarrer in Friemersheim, konterte: „Wo war denn der EAK bei der Diskussion um die Asylanten? Christlich wäre es gewesen, den Fremden zu empfangen und zu beherbergen.“ Auch die Politik müsse sich an christlichen Grundsätzen orientieren. Pfarrer Wehrichs engagiertes Auftreten hinterließ Spuren: Der EAK sprach sich gegen eine Grundsatzänderung in der Asylantenfrage aus.

„Viele Probleme der Kirche werden von der CDU nicht ernst genug genommen“, meinte Reiner A. Terhorst und forderte seine Parteifreunde auf, sich stärker als bisher am Gemeindeleben zu beteiligen. Umgekehrt gelte allerdings: „Wir haben Verständnis, wenn die Kirche politisch ist, aber nicht, wenn sie parteipolitisch aktiv wird.“ Um das gegenseitige Verständnis weiter zu fördern, wollen der EAK-Vorstand und die Synodal-Vorstände nach der Bundestagswahl regelmäßig miteinander Gespräche führen.

### Asylanten bei uns

**Hanau.** Der EAK der CDU Main-Kinzig beschäftigte sich in einer öffentlichen Veranstaltung in der Stadthalle Hanau mit dem Asylantenproblem.

Mitglieder des EAK besuchten vorher die Gemeinschaftsunterkünfte für ausländische Flüchtlinge in Schöneck-Büdesheim mit 340 und Hof Reith bei Schlüchtern (beides Main-Kinzig-Kreis) mit 140 Asylbewerbern, um sich über die Probleme der asylbeantragenden Menschen, deren Herkunftsländer und die Unterbringung zu informieren. Im Main-Kinzig-Kreis leben zur Zeit 30.770 Ausländer (8,5% der Bevölkerung), außerdem etwa 40.000 Angehörige der amerikanischen Wehrmacht und 870 Asylbewerber aus 21 verschiedenen Nationen.

An der Podiumsdiskussion unter Leitung der EAK Vorsitzenden **Margarete Aden** nahmen **Volker Bouffier**, MdL, Gießen, Kreisdiakoniepfarrer **Stefan Buss**, Bürgermeister **Bruno Döring**, Bad Soden-Salmünster, der Kommune im Main-Kinzig-Kreis mit den meisten Asyl-

bewerbern und als Vertreter der Arbeitnehmer **Waldemar Held**, Mitglied der IG Bau Steine Erden und der CDA teil.

---

## Die Zukunft des ländlichen Raumes

---

**Selsingen.** Mit den Zukunftschancen für den ländlichen Raum befaßte sich eine öffentliche Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK). Mit dem Parlamentarischen Staatssekretär **Dr. Wolfgang von Geldern**, der zugleich Bezirksvorsitzender der Union ist, und mit Landessuperintendent **Karl Manzke** standen die Vorträge zweier kompetenter Referenten im Mittelpunkt. Zum Ausdruck kam, daß nur eine intakte Landwirtschaft in der Lage sein wird, die Zukunftschancen für die Dörfer zu wahren. In einer Zeit des Umbruches und der Mobilität sei auch die Kirche gefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, bekannte der Landessuperintendent. Die Entwicklung der „urbanen“ Kultur dürfe nicht mehr ungebremst weiterlaufen, sagte er.

Nach einführenden Worten durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises, **Albert Rathjen**, hielt der Superintendent des Kirchenkreises Bremervörde-Zeven, **Hans-Wilhelm Hastedt**, eine Andacht. In Grußworten unterstrichen CDU-MdL **Wilhelm Brunkhorst**, Selsingens Bürgermeister **Hans-Hermann Brandt** und der CDU-Kreisvorsitzende **Uwe Hugelmann** die Bedeutung des Tagungsthemas für den ländlichen Raum. Sie wiesen auf die immer noch angespannte Situation in der Landwirtschaft hin und legten darüber hinaus dar, daß in der Region alternative Arbeitsplätze fehlten. Gleichzeitig warnten sie vor der Fortsetzung des Entfremdungsprozesses in den Dörfern. Wilhelm Brunkhorst dankte dem EAK dafür, durch die Tagung mit dazu beizutragen, die notwendigen Weichenstellungen für eine gute Zukunft des ländlichen Raumes vorgenommen zu haben.

Der Wert des im Dorf vorhandenen, überschaubaren Lebensraumes werde in letzter Zeit wieder häufiger grade von jungen Menschen entdeckt, stellte Dr. Wolfgang von Geldern, Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in seinem Vortrag fest. Die Orientierung des Dorfes an der Stadt weiche allmählich der Besinnung auf die eigenen Werte, Begriffe wie Heimatverbundenheit tauchten verstärkt auf.

---

## Diskussion zur Friedensfrage

---

**Mainz.** Der Vorsitzende des EAK-Baden, Prof. **Dr. Hans-Martin Pawlowski**, nahm an einer Podiumsdiskussion der evangelischen Christengemeinde, Mainz, teil. Durchaus kontrovers wurde über die Friedenthematik diskutiert.

---

## Neuer Kreisvorstand

---

**Minden-Lübbecke.** Der EAK-Kreisverband Minden-Lübbecke wählte auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Vorsitzender wurde **Hermann Bückendorf** aus Rahden, als seine Stellvertreter arbeiten **Dr. Walter Kirchhoff** und **Raimund Fricke**. Das Amt des Schriftführers übernahm **Reinhard Jasper**.

---

## Unsere Verantwortung für das Leben

---

**St. Georgen.** Vor mehr als 50 Teilnehmern einer öffentlichen Veranstaltung des EAK-Ortsverbandes Königfeld sowie des Stadtverbandes St. Georgen referierte der baden-württembergische Justizminister, **Dr. Heinz Eyrich**. Unter dem Titel „Unsere Verantwortung für das Leben“ sprach er über allgemeinpolitische Themen aber auch über spezielle Probleme etwa im Bereich der Gentechnologie. Ganz entschieden wandte er sich dabei gegen eine verbrauchende Forschung an Embryonen.

---

## Mensch und Umwelt

---

**Königfeld.** Ein düsteres Bild der Zukunft zeichnete **Professor Dirks** bei einem Vortrag auf Einladung des EAK-Königfeld. Anhand von Farbdias zeigte er die Lieblosigkeit der Menschen gegenüber Gottes Schöpfung. Der Mensch stehe nicht in der Umwelt sondern sei ein Teil der Welt, also der Mitwelt. Man habe nur eine Erde und müsse daher alles tun, um diese Gabe Gottes zu erhalten. Allein von der Kooperation zwischen Mensch und Natur wird die Zukunft dieser Welt abhängen.

Der Vorsitzende, **Reinhard Bauer**, brachte abschließend die Betroffenheit der Zuhörer zum Ausdruck und dankte Professor Dirks für seinen aufrüttelnden Vortrag.

---

## Bußtagsgespräch

---

**Worms.** Beim traditionellen Bußtagsgespräch in Worms vertrat Prof. **Dr. Hans-Martin Pawlowski** den EAK-Bundesvorsitzenden. Thema der diesjährigen Veranstaltung war die sogenannte „Friedenssteuer“.

---

## Kirche und Politik

---

**Mainz.** „Politik in der Kirche, Kirche in der Politik“, so hieß das Generalthema der gemeinsamen Herbsttagung der Evangelischen Arbeitskreise Mainz und Mainz-Bingen. Bei der Begrüßung der mehr als hundert Teilnehmer hob der Mainzer EAK-

Vorsitzende **Klaus Meynersen** die Absicht hervor, das emotionalisierte Thema zu versachlichen und die Kontakte zu den Kirchengemeinden noch enger zu gestalten.

Der stellvertretende Mainzer CDU-Kreisvorsitzende **Dr. Walter Konrad** und Schatzmeister **Hans-R. Palmen** vom Kreisvorstand Mainz-Bingen sprachen Grußworte.

In seinem Referat „Theologie als Politikberatung?“ bejahte Prof. **Dr. Eilert Herms**, Universität Mainz, daß die theologische Sozialethik den Trägern öffentlicher Verantwortung helfen könne: durch Strukturierung des Problemfeldes, methodische Anleitung zur ethischen Orientierung, Modelle ethischer Entscheidungsfindung. Dies dürfe allerdings nicht über die Schwierigkeit hinwegtäuschen, daß der christliche Politiker zur Kirche in einem Loyalitätsverhältnis stehe, „das schlechterdings mit keinem Loyalitätsverhältnis zu irgendeiner anderen Gemeinschaft oder Organisation gleichgestellt werden kann.“

Auf die Frage „Theologie – Hilfe oder Hindernis für die Politik?“ antwortete **Dr. Karl-Martin Graß**, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, die theologische Wissenschaft sei eher geeignet zur Befähigung des Menschen zur Verantwortung in der Welt beizutragen, als die Kirche. Jene müsse auf ihren offiziellen Charakter und ihre Verantwortung für alle Gläubigen achten. Die Theologie dagegen besitze die Chance, unvoreingenommen zu diskutieren und zu urteilen.

Eine Podiums- und Plenardiskussion ergänzte und vertiefte das erarbeitete Problemverständnis. Dabei forderten zahlreiche Sprecher unter Widerspruch einzelner Pfarrer für politische Bewertungen im kirchlichen Raum nachdrücklich ein Loyalitätsverhältnis zum Staat unseres Grundgesetzes.

In seinem Schlußwort unterstrich der Vorsitzende des EAK Mainz-Bingen, **Dr. Günter Vogel**, die Bedeutung der Verständigungsleistung, die von Theologie und Kirche für Ziele und Wege des sozialgestaltenden Handelns erbracht werden müsse. Dekan Pfarrer **Karl-Ernst Neisel** sprach ein Wort zum Advent. Mit einem Empfang bei Brezeln und Wein klang die informative Tagung aus.

---

## Keine konfessionellen Gegensätze

---

**Mainstockheim.** In einer öffentlichen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU, Bezirksverband Unterfranken, stellten sich nicht nur die evangelischen Kandidaten für Landtag und Bezirkstag der CSU vor. Es sprach auch der Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU, Rechtsanwalt **Erhard Hackler**, zum Thema „Politik aus evangelischer Verantwortung“. Dabei wurde

wieder einmal deutlich, daß es in den Unionsparteien keine keine konfessionellen Gegensätze gibt, daß Politik aus evangelischer Verantwortung kein Widerspruch zur Unionspolitik, sondern echte Ergänzung ist.

### CDU-Rheingau-Taunus gründet Evangelischen Arbeitskreis

**Idstein.** Der 26jährige Student der evangelischen Theologie, **Heiko Wulfert**, steht als Vorsitzender an der Spitze des jetzt vom CDU-Kreisverband Rheingau-Taunus in Idstein gebildeten Evangelischen Arbeitskreises.

Wulfert wurde in der Gründungsversammlung einstimmig zum Vorsitzenden dieser neuen Organisation der Kreis-CDU gewählt. Zu stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurden **Gerda Dinse** und **Erhard Knoll** gewählt. Dem Vorstand gehören als Schriftführer **Günther Rothe** an. Als Beisitzer haben **Marlene Lovell-Mais**, **Heinz Hannemann**, **Mathias Neibig**, **Helmut Kürschner**, **Monika Jung** und **Helene Zickler** einen Platz im EAK-Kreisvorstand der CDU-Rheingau-Taunus.

An der Versammlung in Idstein nahmen neben dem Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Erhard Hackler**, Bonn, (Vortrag: Evangelische Kirche – Wohin?), CDU-Bundestagskandidat **Michael Jung**, CDU-Kreisvorsitzender **Günter Dietz**, dessen Stellvertreter, der CDU-Landtagsabgeordnete **Roland Rösler** und der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Arnulf Borsche**, Frankfurt, teil.

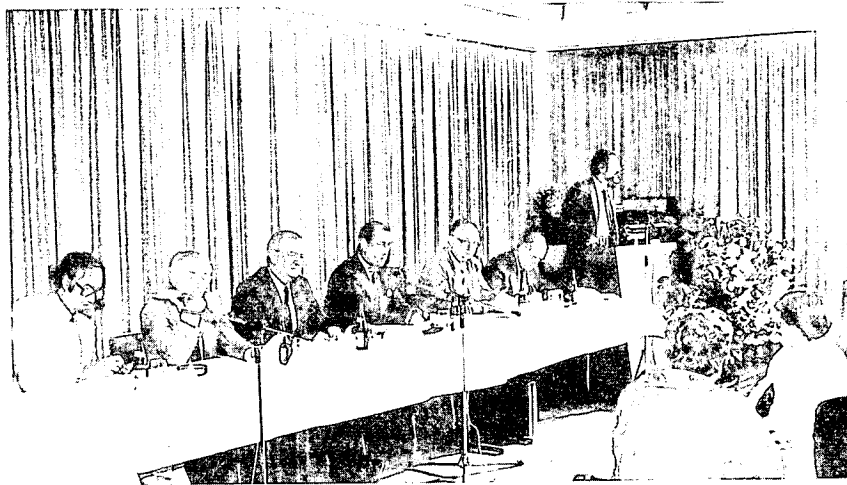
### Offene Worte

**Radolfzell.** „Wir müssen zwischen den berufsständischen Vertretungen und den Politikern den Schulterschluß herstellen, sonst verlieren wir beide.“ **Wilfried Hasselmann**, selbst Landwirt, sagte es fast beschwörend. Der Innenminister des Landes Niedersachsen referierte zum Thema „Landwirtschaft und Industriestaat“. Er wählte dabei offene Worte – auch an die Adresse der Landwirte – und stellte sie quasi als Denkanstöße in den Raum.

Wilfried Hasselmann widmete sich nicht nur der Landwirtschaft, sondern schnitt ein sehr breites Band vieldiskutierter Themen an. Er fand aufmerksame Zuhörer. Unter ihnen den BLHV-Ehrenpräsident **Artur Raither**, der einmal mehr zum Ausdruck brachte, daß die Landwirtschaft in diesem Staat nicht auf der Sonnenseite steht.

EAK-Kreisvorsitzende **Ute Moßbrucker** eröffnete die Versammlung. **Georges Wallinger** vom CDU-Stadtverband leitete die Aussprache.

### Forum zur Energiepolitik



**Bayreuth.** Sechs Befürworter der Kernenergie hatte der Bezirksverband des Evangelischen Arbeitskreises in der CSU auf dem Podium. Es ging um „Energiepolitik aus christlicher Verantwortung für Mensch und Natur“. Von links: Bezirks- und Stadtrat **Bernd Mayer**; als Fachmann für Energiewirtschaft Diplomvolkswirt **Dr. Felix Conrad** vom Forschungszentrum Karlsruhe; als Vertreter der Staatsregierung **Simon Nüssel**, MdL; Bezirksvorsitzender **Franz-Dieter Bley**; der Präsident des Landesamtes für Umweltschutz, **Dr. W. Ruckdeschel**; der Theologe Oberkirchenrat **Paul Rieger**, Direktor des Evangelischen Presseverbands in Bayern. Am Pult der Bayreuther Dekan **Helmut Hofmann**, der die Veranstaltung mit einer biblischen Besinnung zu Römer, 14, 17 bis 19 einleitete.

### Neuer EAK-Vorstand in Münster

**Münster.** Aus persönlichen Gründen legte **Ursula Dippel** ihr Amt als Vorsitzende des EAK in Münster nieder. Da sie Münster jedoch nicht ganz im Stich lassen will, ließ sie sich, obgleich für den EAK auch im Landes- und Bundesvorstand tätig, zur Stellvertreterin des neuen Vorsitzenden, **Heinz Maßmann**, wählen. Schriftführerin wurde **Ingrid Jeddelloh**. Die neuen Beisitzer sind **Hanna Grosser**, **Jörg Schulte-Rhonhof**, **Peter Beisbarth**, **Dirk Vatareck** und **Dr. Rudi Bartling**. Neben den Wahlen stand das Referat des stellvertretenden EAK-Landesvorsitzenden, **Dr. Gerhard Rödding**, zur Frage „Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche?“ im Mittelpunkt der Veranstaltung.

### Ohne Herkunft keine Zukunft

**Ulm.** Die Frage nach dem Verhältnis nicht nur der jüngeren Generation zur Geschichte bestimmte den Vortrag von **Jörg Fröhlich**, Leiter der Grundsatzabteilung des CDU-Landesverbandes, zum Thema „Ohne Herkunft keine Zukunft – Nachdenken über unsere Geschichte“ vor Mitgliedern und Gästen des EAK-Ulm. Zuvor hatte die Mitgliederversammlung Professor **Dr. Focko Weberling** in seinem Amt als Vorsitzenden bestätigt. Sein Stellvertreter ist **Walter Jung** aus Blaubeuren,

Schriftführerin wurde **Ruth Nissen**. Als Beisitzer arbeiten zukünftig **Doris Dillenz** und **Horst Munz**.

### Besuch bei den Hanauer Nuklearbetrieben

**Hanau.** Im Rahmen ihrer in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Besuche verschiedener Einrichtungen im Main-Kinzig-Kreis waren Mitglieder des EAK der CDU unter Leitung ihrer Vorsitzenden Frau Aden kürzlich in Hanau/Wolfgang.

Das Besuchsprogramm umfaßte einen theoretischen Teil, der zunächst das Verfahren zur Herstellung von Brennelementen für Hochtemperaturreaktoren erläuterte, den Austausch von Brennelementen und deren Wiederaufbereitung. Ebenfalls ausführlich erläutert wurden die umfangreichen Sicherungsmaßnahmen, die einen größtmöglichen Schutz vor eventuellen Störfällen bieten. Die Hanauer Betriebe liefern Brennelemente an nahezu alle Kernreaktoren in Deutschland. Die Energie aus Spaltprodukten ist wesentlich billiger als die Gewinnung aus fossilen Brennstoffen. Eine Stilllegung der Hanauer Anlage würde daher einen empfindlichen Rückschlag für die Energiewirtschaft in der Bundesrepublik bedeuten. Es wurde deutlich, daß eine Vergrößerung des Anteils von Kohle und Öl an der Energiegewinnung unter Berücksichtigung der Folgen für die Umwelt nicht vertretbar ist. Für



Unser Foto zeigt Teilnehmer des Arbeitskreises bei der Besichtigung von Produktionsanlagen in der Firma RBU.

die Energiegewinnung aus Kernbrennstoffen gibt es zur Zeit noch keine Alternative. Erörtert wurde mit Vertretern der Nuklearfirmen auch der hohe Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke im Vergleich zu ausländischen. Es gäbe daher keinen Zweifel an der Beherrschbarkeit der Kerntechnologie und daher auch keinen Schließungsgrund für die Hanauer Nuklearbetriebe.

Zum praktischen Teil des Besuchsprogramms erhielten die Besucher dann einen Einblick von den Fertigungsabläufen der Reaktor-Brennelemente-Union, RBU. Die Vorsitzende des Arbeitskreises bewertete abschließend den Informationsaustausch als positiv und den besten Weg um zu einer vorurteilsfreien Meinung zu kommen.

#### Kritik an Polit-Pastoren

**Bremen.** Massive Kritik an einseitig Parteipolitik betreibenden evangelischen Pfarrern hat der Vorsitzende des EAK-Bremen, **Dr. Friedrich Menke**, geübt. Es seien zwar ärgerliche Einzelfälle, die aber immer wieder das Ansehen der Kirche erheblich schädigten.

Insbesondere kritisierte Menke den Pastor der Kirchengemeinde Horn II, der behauptet hatte, alle Bürger, die die drei im Bundestag vertretenen Parteien wählten, wählten „Krebs, Tod und Verderben“. Und der Pfarrer der Zionsgemeinde schreckte nicht davor zurück, den Gläubigen ausdrücklich zu empfehlen, die Grünen zu wählen.

Menke verbittert: „Alle Äußerungen, Polemiken, parteipolitische Empfehlungen von Talarträgern werden finanziert von

Kirchensteuer zahlenden Bürgern. Dies produziert berechtigten Ärger, veranlaßt Menschen, aus der Kirche auszutreten, schadet der Kirche, der Gemeinschaft der Gläubigen. Nicht geeint, sondern getrennt wird hier; und dies widerspricht dem Willen Jesu Christi!“

Auch ein Pastor könne sich politisch äußern, vorausgesetzt, er mache sich sachkundig und sei willens, die komplizierten Sachverhalte so zu sehen, wie sie seien. Er müsse daran denken, daß in der Kirche wie in seiner Gemeinde die Vielfalt politischer Richtungen gegeben sei. Wenn jedoch Pastoren oder Einrichtungen der evangelischen Kirche so unzulässig politisierten, verfehlten sie ihren Auftrag, die Botschaft Gottes in Wort und Tat zu verkünden. Menke: „Es ist Aufgabe der Kirchenleitungen, diesen Verfehlungen deutlich entgegenzutreten. Im übrigen gilt dieses Recht und diese Pflicht für alle Christen, die sich nicht aus ihrer Kirche drängen lassen wollen“.

Ob das im Falle des Horner Pfarrers etwas nützt, bleibt indes fraglich. Trotz einer entsprechenden Zurechtweisung des Kirchenausschusses hatte er es abgelehnt, seine Polemik gegen die bürgerlichen Parteien zurückzunehmen.

#### Staat an christlichen Grundsätzen messen

**Freudenstadt.** „Kirche und Staat stehen in der Verantwortung vor Gott. Beide begrenzen sich gegenseitig und ergänzen sich.“ Diese Feststellung traf Professor **Dr. Mayer** bei einer Veranstaltung des EAK-Freudenstadt unter der Leitung der

Vorsitzenden **Lislotte Weinmann** zum Thema „Was haben Kirche und Staat einander zu sagen.“

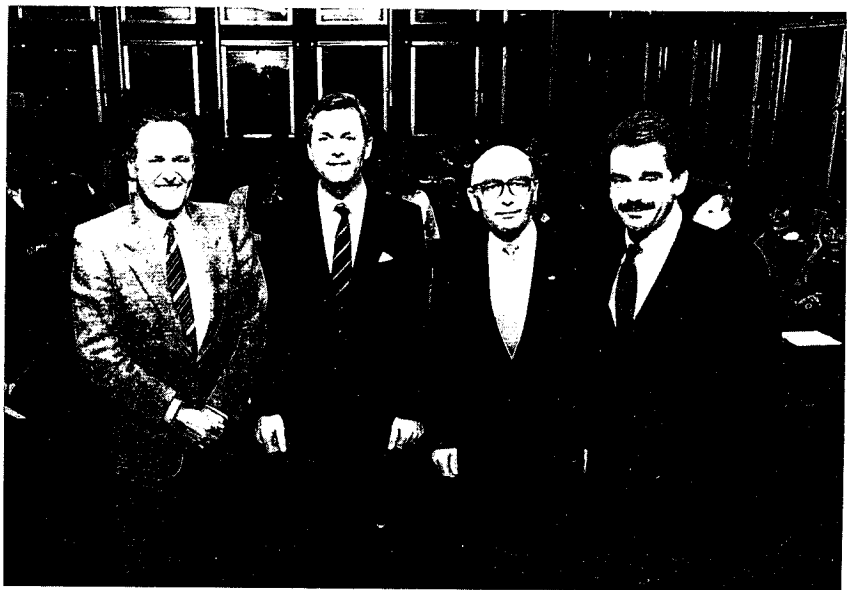
Professor Mayer, Theologe an der Hochschule in Esslingen, charakterisierte das Verhältnis von Kirche und Staat zusammenfassend: „Die Kirche muß den Staat an christlichen Grundsätzen messen, der Staat begrenzt die Kirche jedoch auf ihren Auftrag der Verkündigung.“ In der anschließenden Diskussion warfen Theologen und Politiker eine Reihe weiterführender Fragen auf. **Dekan Jehle** äußerte seine Hochachtung für alle Politiker, die ihre christliche Pflicht, ihr seid das Salz der Erde, in den politischen Parteien wahrnehmen.

#### Christen diskutierten Schwangerschaftsabbruch

**Gernsbach.** Auf Initiative des EAK luden diesmal auch das katholische Bildungswerk, der Deutsche Hausfrauenbund und der Bund katholischer Frauen zu einem Diskussionsabend über die Frage des § 218 ins Gernsbacher Marienhaus ein.

**Gudrun Vorweg**, die Vorsitzende des EAK-Murgtal, begrüßte die Referenten, Dr. med. **Siegfried Kluger**, Chefarzt und Gynäkologie am Krankenhaus Bühl, **Ruth Storch**, Psychotherapeutin aus Baden-Baden sowie Dr. jur. **Hans J. Schwanecke** aus Gernsbach.

Oggleich über das Thema dieses Abends nicht nur gegenwärtig viel geredet und geschrieben wird, erwies es sich, daß Aufklärungsarbeit nach wie vor dringend geboten ist.



Superintendent Reinhard Leue, Thüringen, hielt einen hervorragende besuchten Vortrag über Kirche im Sozialismus in Heidelberg. v. li.: Prof. Dr. Gerhard Frank, Prof. Dr. Gerd-Bodo von Carlsburg, Superintendent Reinhard Leue, Erhard Hackler.

# Leserbrief

In der Novemberausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ des vergangenen Jahres veröffentlichten wir eine Stellungnahme von Kirchenpräsident Dr. Hartmut Löwe unter dem Titel „Steht die Evangelische Kirche links?“. Dazu erreichte uns u. a. der nachfolgende Leserbrief:

In der „Evangelischen Verantwortung“ vom November 1986 liest man auf Seite 7 Darlegungen des Präsidenten des Kirchenamtes in Hannover, die zum Widerspruch herausfordern. Da heißt es: „Spät erst, als Konsequenz der Barmer Theologischen Erklärung vor 50 Jahren“ habe die Evangelische Kirche „den Auftrag zur christlichen Verantwortung auch in den öffentlichen Dingen von Staat und Gesellschaft entdeckt“.

Präsident Hartmut Löwe, der dies äußerte, hat deutlich gesagt, diese neue „Entdeckung“ der Verantwortung der Kirche „in Staat und Gesellschaft“ sei nicht in

Barmer 1934 formuliert, sondern sie sei in seinen und seiner Freunde Augen eine von diesen aus „Barmer“ gezogene „Konsequenz“.

Diese Formulierung enthebt mich der Aufgabe nachzuweisen, daß die Barmer Sätze auch nicht entfernt Anlaß dazu geben, die neuen Aktivitäten unserer Kirche in Staat und Gesellschaft zu rechtfertigen. Die Barmer Sätze schweigen nicht nur zu politischen Aktivitäten der Kirche, sie widersprechen vielmehr entschieden allen politischen gesellschaftlichen Betätigungen. Es ist unnötig, dies im einzelnen darzulegen.

Wohl aber muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß die Kirche ihre Aktivitäten, die sie nach Barmer „entdeckt“ hat, vor ihrem biblischen Auftrag rechtfertigen muß. Doch das ist nicht möglich. Ich zitiere dazu jetzt nur zwei Bibelstellen: 1. Korinther 1,23 heißt es: „Wäh-

rend die Griechen Weltweisheit verlangen, verkündigen wir Christus als Gotteskraft und Gottesweisheit“. Was damit gemeint ist, sagt 1. Korinther 2, 2: „Ich hatte mir vorgenommen, kein anderes Wissen bei euch zu zeigen als das von Jesus Christus, und zwar dem Gekreuzigten“. Ich schweige hier davon, daß Jesus Christus und die Apostel in keinem einzigen Falle belehrend oder parteinehmend in die weltlichen Dinge, die dem Staat anvertraut sind, eingegriffen haben.

Die gegenwärtige Schwäche unserer Kirche hat ihre Wurzeln wesentlich darin, daß kirchliche Stellen und Amtsträger auf Feldern tätig wurden, die ihnen von Gott nicht zugewiesen sind, während sie ihre legitimen Aufgaben versäumen.

Heinrich Höhler  
Superintendent i. R.  
6140 Bensheim

## Verlage und Verlegtes

– Die Kunst und die Kirchen –  
Der Streit um die Bilder heute  
Hrsg.: R. Beck, R. Volp, G. Schmirber  
Verlag: F. Bruckmann KG, München, 1984

Kunstgeschichtler, Künstler, Theologen, Historiker und Philologen lieferten Beiträge zu dem vorliegenden Werk, das, nach neuesten Geschehnissen im Bereich von Kirche und Kunst, in dieser Form überfällig war.

Der Inhalt des Buches umfaßt – ein Versuch zur Objektivität – einzelne Stellungnahmen, die in einem breitgefächerten Spektrum zunächst die Herausforderungen, die die Kunst an die Kirche stellt, vor Augen führen und die dann beschreiben, wie die Kirche diesen Herausforderungen begegnet. An dieser Stelle vermißt der Leser genügend auf die Praxis bezogene Beispiele, die zum besseren Verstehen der sich ergebenden Problematik hätten angeführt werden sollen.

Ein historischer Spaziergang gibt im weiteren Einblick in Entwicklungs- und Wandlungsgeschehen der religiösen Kunst, beginnend mit dem Begriff der „Kunst als Weltanschauung“ im Mittelalter.

Zur Neubestimmung der Beziehungen von Kirche und Kunst wird in einem weiteren Kapitel Stellung bezogen. Die Autonomie der Kunst wird gefordert, eine Auto-

nomie, die von der Kirche in ihrer Gültigkeit gleichzeitig bestätigt und eingeschränkt wird:

„Die Welt ist eine eigenständige Wirklichkeit, sie hat ihre Eigengesetzlichkeit. Davon ist auch die Autonomie der Kultur und mit ihr die der Kunst betroffen. Diese Autonomie ist, recht verstanden, kein Protest gegen Gott oder gegen die Aussagen des christlichen Glaubens, sie ist vielmehr der Ausdruck dessen, daß die Welt Gottes eigene, in die Freiheit entlassene Schöpfung ist, dem Menschen zur Kultur und Verantwortung übergeben und anvertraut.“ (S. 156).

Ästhetische und theologische Theorien beschreiben anschließend die neue „Spiritualität“ der Kunst und interpretieren diese als Gestaltungskompetenz in der Ästhetik kirchlicher Praxis.

Ausreichend Platz wird am Ende des Buches den sechs Dokumentationen über das praktische Verhältnis von Kunst und Kirche belassen, in denen u. a. auch kirchliche Kunstpolitik und das Verhältnis von Kirche, Kunst und Publizistik erörtert werden.

„Die Kunst und die Kirchen“ – ein Werk, das mit seinen umfangreichen sachkundigen Beiträgen nicht nur die Problematik der kirchlichen Kunst, sondern die der Kunst mit religiösem Gehalt im allgemei-

nen aufgreift und optisch nachvollziehbar werden läßt durch eingängig anschauliches Bildmaterial.

Hier und da hätte die aufgesetzt wirkende Fachterminologie vermieden werden sollen, die durch ihre Verwendung dem Nichtsachkundigen die Lektüre erschwert.

Das angefügte Literaturverzeichnis deutet auf ein weites Publikationsfeld zum Thema Kunst und Kirche hin: die vorliegende Ausgabe mag eine zusätzliche Bereicherung sein.

**Kindgemäße Erziehung.** Herausgegeben von Gerd-Bodo Reinert. Frankfurt/Main, Bern, New York, 1986, Erziehungskonzeptionen und Praxis, Bd. 7.

Mit diesem Band soll der Versuch unternommen werden, kindgemäße Erziehung historisch, methodisch, genetisch, systematisch, didaktisch, praxisnah und fachdidaktisch zu diskutieren, eine Thematik, die vor allem Kernpunkt des erzieherischen Denkens und Handelns in der reformpädagogischen Epoche gewesen ist. Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Fachdaktiker, die alle einmal die Schulpraxis kennengelernt haben, kommen zu Wort. Das Thema wird mehrperspektivisch durchleuchtet, vor allem unter



dem Blickwinkel einer Erziehung zur Humanität, zum Menschsein, für die Dinge zur Aufmerksamkeit erziehen, die den Menschen – das Kind – umgeben, damit es diese Dinge mögen lernt.

**Theorie und Wirklichkeit** – Studien zum Lehrerhandeln zwischen Unterrichtstheorie und Alltagsroutine. Herausgegeben von Gerd-Bodo Reinert und Rainer Dieterich. Frankfurt/Main, Bern, New York, 1986.  
Erziehungskonzeptionen und Praxis. Bd. 9.

Im Vordergrund steht das Interesse an der Kompetenzsteigerung des Lehrers: vom konkreten Praktikerhandeln im Unterricht über Probleme der Theoretisierung und Professionalisierung des Lehrerberufs bis zur Frage nach den Persönlichkeitscharakteristiken des guten Lehrers reicht die Spannweite der Beiträge von Autoren aus dem Freundes- und Schülereis Hans Ritschers. Dieser Blickwinkel wird erweitert durch die Ausdehnung pädagogisch-didaktischer Anwendungsbereiche in verschiedene berufliche Ausbildungssektoren wie Politische Bildung, Wirtschafts- und Verwaltungslehre oder Sozialpädagogik. Aus dem Inhalt: Vernachlässigte Aspekte der Schule und Unterrichtswirklichkeit, z. B.: Warum die Schule vielen Schülern und auch manchen Lehrern keinen Spaß macht – Über das Innenleben von Schülern und ihre Wünsche und Träume von einem guten Lehrer – Vorstellungen über „gutes“ Lehrerhandeln – Lehren in der beruflichen Ausbildung: Verwaltungslehre, Politische Bildung.

**Bernhard Lohse. Martin Luther.** Eine Einführung in sein Leben und sein Werk. 1981.

Bernhard Lohses Buch erschließt dem Leser Gestalt, Werk und Denken Martin Luthers in neuer Weise. Angestrebt ist weder eine umfassende Biographie noch eine Gesamtdarstellung von Luthers Theologie, sondern eine problemorientierte Einführung auf dem heutigen Stand der Forschung.

Der Verfasser skizziert zunächst Luthers Umwelt und gibt dann einen Abriss seines Lebens, wobei die Ereignisse in den Vordergrund treten, die der Deutung des Reformators besondere Probleme aufgeben. Ein Abschnitt, der Luther in den Auseinandersetzungen seiner Zeit zeigt, bildet den Übergang zu einem Überblick über Luthers Schriften. Es folgt eine eingehende Einführung in Aspekte und Probleme der Theologie Luthers. Eine knappe Geschichte der Lutherdeutung schließt die Darstellung ab. Literaturangaben zu den einzelnen Abschnitten und eine Übersicht über Angaben und Hilfsmittel ergänzen die Darstellung.

Angesichts der zunehmenden Spezialisierung auf dem Gebiet der Reformations-

forschung ist ein Buch wie dieses eine notwendige Orientierungshilfe. Es ist geschrieben von einem Theologen, der seit über zwei Jahrzehnten intensiv an der Luther- und Reformationsforschung beteiligt ist.

Das Buch wendet sich an Studenten der evangelischen und katholischen Theologie, Historiker und Germanisten, Religionslehrer, Pfarrer, Teilnehmer an Tagungen evangelischer und katholischer Akademien, überhaupt an alle theologisch Interessierten.

**Volkhard Laitenberger. Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker.** Göttingen/Zürich: Muster-Schmidt Verlag 1986. (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 126/127/128).

Ludwig Erhard, der vor zehn Jahren verstorbene Vater des deutschen „Wirtschaftswunders“ und der Sozialen Marktwirtschaft, wäre am 4. Februar 1987 neunzig Jahre geworden. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist von ihm wie von keinem anderen deutschen Politiker, Konrad Adenauer ausgenommen, geprägt worden. Dennoch hat sich die Zeitgeschichtsforschung erst wenig mit ihm befaßt.

Dieses Buch macht erstmals den Versuch, die wesentlichen historisch-biographischen Grundlinien seines Lebens auf der Basis des umfangreichen schriftlichen Erhard-Nachlasses, der im Bonner Ludwig-Erhard-Archiv verwahrt wird, nachzuzeichnen.

Wer weiß schon, daß Erhard, der bis 1945 als Nationalökonom in der Wissenschaft tätig war, sich zeitlebens auf seinen akademischen Lehrstuhl, den „liberalen Sozialisten“ Franz Oppenheimer, berufen hat? Daß Erhard während des Dritten Reiches in steter freundschaftlicher Verbindung zu Carl Goerdeler, dem Haupt des Widerstandes gegen Hitler, stand? Daß Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept, die Soziale Marktwirtschaft, zunächst ganz eigenständig und unabhängig von den diversen national-ökonomischen Schulen des „Neoliberalismus“ entstand?

Die Legenden, die sich um Erhard bildeten – beginnend mit seiner Rolle bei der Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 über sein spannungsreiches Verhältnis zu seiner Partei, der CDU, und zu Adenauer bis hin zu seinem Plan einer Demokratiereform, der Formierten Gesellschaft, und bis zu seinem Scheitern als Kanzler – kommen zur Sprache und werden, manchmal überraschend, beleuchtet.

Die Bedeutung Erhards für den Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland aus Not und Zerstörung zu einer der führenden Wirtschaftsmächte der Welt bestreitet heute kaum jemand. Aber im Bewußtsein der Öffentlichkeit verblaßt seine histori-

sche Gestalt, obwohl die Bundesrepublik auch in den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts immer noch von seinen Ideen und Taten zehrt.

Diese Biographie vermittelt quellen-nahe historisch-politische Information über den Politiker Ludwig Erhard. Sie trägt – so Helmut Kohl in seinem Vorwort – dazu bei, „die historische Bedeutung und den Rang des ersten Bundeswirtschaftsministers und zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die fortwirkende Kraft seiner Ideen ins Bewußtsein zu rücken“.

Autor: Der Verfasser, Dr. Volkhard Laitenberger, geb. 1940 in Calw, einstiger Mitarbeiter Ludwigs Erhards, ist Leiter des Ludwig-Erhard-Archivs in Bonn.

„Was mir wichtig ist“, dazu äußerte sich Ministerpräsident Lothar Späth in der EV 11/86. Diesen Beitrag haben wir gerne aus dem Evangelischen Gemeindeblatt für Württemberg, Theodor-Heuss-Straße 23, 7000 Stuttgart 17, übernommen.

**Helmut Thielicke. Über uns leuchtet der Bogen.** Ein Bibel-Lesebuch. 368 Seiten, 85 Kupferstiche.

Nur wenige theologische Gelehrte waren über Jahrzehnte so populär wie der Hamburger Universitätslehrer Helmut Thielicke. Seine zahlreichen Bücher fanden eine breite Leserschaft, waren für viele Begleitbuch, Lebenshilfe und Orientierung. Seit Kriegsende war Thielicke, der im Dritten Reich Redeverbot hatte, einer breiten Öffentlichkeit auch durch Vortragsreisen bekannt, seine Predigten im Hamburger „Michel“ waren berühmt und fanden stets eine große Zuhörerschaft. Am Ende seines Lebens wandte sich der im März '86 verstorbene Theologe noch einmal der Quelle seiner Lehre, nämlich der Bibel, selbst zu, um sie möglichst vielen Lesern in überschaubarer Form zugänglich zu machen. Er wählte dabei die Texte aus, die ihm für die Kenntnis der Bibel und als Fundament des Glaubens am wichtigsten erschienen. Thielicke hat die für den Laien schwer verständlichen Passagen mit interessanten und aufschlußreichen Kommentaren versehen, die ein umfassendes Verständnis der Bibel ermöglichen.

Die Auswahl nahm der Theologe in dem Bewußtsein vor, daß das Buch der Bücher neben seiner religiösen Bedeutung auch von hohem kulturellem Wert ist und aus der Bildungstradition des Abendlandes nicht mehr wegzudenken ist. So gilt diese Anthologie nicht nur dem religiösen Menschen, sondern auch dem Kirche und Religion kritisch gegenüberstehenden Leser, der von der christlich-abendländischen Tradition geprägt ist.

Schon im Mittelalter versah man Bibelausgaben mit Illustrationen. Einer der bedeutendsten Bibelillustratoren der Barock-

zeit, der Maler und Kupferstecher Joachim von Sandrart, hat mit seinen detailfreudigen und überaus kunstvollen Radierungen die biblischen Geschichten nicht nur illustriert, sondern auch gedeutet. Seine Kupferstiche, die zum ersten Mal wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, geben den Aussagen der biblischen Texte nicht nur lebensvolle Anschaulichkeit, sondern auch eine ganz eigene Deutung.

**Der Autor.** Helmut Thielicke wurde im Jahre 1908 in Barmen geboren und starb 1986 in Hamburg. Nach der Promotion in den Fächern Theologie und Philosophie war er von 1936 bis 1940 kommissarischer Ordinarius an der Universität Heidelberg. 1940 wurde er von den nationalsozialistischen Machthabern seines Amtes enthoben und Pfarrer in Ravensburg. Er erhielt Reise- und Redeverbot. Von 1945 bis 1954 war Thielicke Ordinarius an

der Universität Tübingen. Ab 1951 war er Rektor und Präsident der Rektorenkonferenz. 1954 ging er an die Universität Hamburg, wo er 1960 auch Rektor wurde. Thielicke war Träger zahlreicher Ehrendoktoren und Autor einer Systematischen Theologie, einer Anthropologie und einer Theologischen Ethik. Außerdem verfaßte er zahlreiche Predigten. Seine Bücher wurden in zwölf Sprachen übersetzt. Das Bibel-Lesebuch ist Thielickes letztes Werk.

## Termine

- 6./ 7. 2. 87 **Klausurtagung des EAK-Hessen zur Vorbereitung auf den Kirchentag**
- 18. 2. 87 **7. „Bonner Theologisches Gespräch“ zum Thema:  
„Zukunft – Hoffnung und Aufgabe“**
- 13./15. 2. 87 **Klausurtagung des EAK-Baden zur Intensivierung der EAK-Arbeit**
- 8.–10. 3. 87 **Politische Akademie der KAS in Schloß Eichholz  
„Christliche Zeitdiagnose in der kirchlichen Publizistik“**
- 22. 5. 87 **Sitzung des EAK-Landesvorstand Baden zur Vorbereitung  
der Bundestagung in Karlsruhe**
- 22. 5. 87 **Offener Parteitag des KV Wiesbaden:  
„Die politische Verantwortung der Kirche“**
- Juni 87 **EAK-Landestagung NRW**
- 17./18. 6. 87 **Gemeindetag unter dem Wort – Regionale Großtreffen**
- 17./21. 6. 87 **Deutscher Evangelischer Kirchentag in Frankfurt – EAK-Stand  
auf dem Markt der Möglichkeiten**
- 11./12. 2. 87 **Jubiläumstagung der Akademie Tutzing mit Bundeskanzler Helmut Kohl**
- September 87 **EAK-Landestagung Niedersachsen**
- 16./18. 10. 87 **28. EAK-Bundestagung in Karlsruhe**
- 6./ 7. 11. 87 **EAK-Landestagung Hessen**